

## **TOP 2**

**NRW-Sozialticket einführen und durch Ausgleichsleistungen unterstützen  
- Mobilität für einkommensschwache Menschen sicherstellen!**

**Rede des Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion  
Bodo Wissen**

**anlässlich  
der Plenarsitzung am 23. Oktober 2008**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Anrede,

die Bundesländer erhalten seit dem Jahr 2007 einen größeren Anteil an der Mehrwertsteuer, für NRW bedeutet dies eine Mehreinnahme von 1,35 Mrd. €. Diese nutzen zahlreiche Länder, so beispielsweise Berlin und Hessen, um die reduzierten Regionalisierungsmittel auszugleichen. Die schwarz-gelbe Koalition in NRW tut dies nicht.

In der Folge waren die Verkehrsverbünde gezwungen, die Ticketpreise mehrfach anzuheben, der VRR hat binnen Jahresfrist gleich zweimal. Im VRS sind die Ticketpreise zwischen 2006 und 2008 um insgesamt 15 Prozent erhöht worden.

Diese Erhöhungen sind eine direkte Folge der ÖPNV-feindlichen Politik der schwarz-gelben Landesregierung.

Unser Antrag zielt darauf ab, für die Menschen wieder ein Grundmaß an Mobilität zu garantieren, die am stärksten unter dieser Politik leiden.

Anrede

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben sowie zur Teilnahme am Arbeitsmarkt. Das wird in diesem Raum niemand bestreiten. Jeder von uns weiß aus seinem Wahlkreis, wie sehr es den Menschen am Herzen liegt, dass eine Buslinie erhalten bleibt, dass eine Anschlussstelle gebaut wird, dass ein Straßenbahntakt nicht ausgedünnt wird.

Mobilität ist wichtig für alle Menschen. Ein Mindestmaß an Mobilität für alle ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deswegen darf Mobilitätspolitik keine Klientelpolitik sein.

Die Politiker vor Ort in den Kommunen wissen das. Sie wissen, was es bedeutet, wenn Menschen nicht mehr in der Lage sind, ihr Stadtviertel zu verlassen. Sie wissen: wer nicht mobil sein kann, wird dadurch ausgegrenzt. Und sie wissen: viele Menschen können sich Mobilität heute nicht mehr leisten.

An die 2 Millionen Menschen in NRW leben heute von staatlichen Transferleistungen. Ihnen stehen 15 € pro Monat für Mobilität zur Verfügung.

Ein Vierfahrenticket der Preisstufe A im VRR kostet aber bereits 7,70 €. Es lässt sich leicht ausrechnen, wie oft man als Hartz IV-Empfänger den ÖPNV nutzen kann. Ganze vier Mal im Monat - innerhalb der Stadt in der man wohnt.

Zahlreiche Kommunen, im Bund, aber auch in NRW, wollen auch diesen Menschen ein Grundmaß an Mobilität garantieren. Sie haben Sozialtickets eingeführt oder prüfen die Einführung. Jede Kommune muss dabei für sich alleine schauen, wie sie das Ticket ausgestaltet und wie sie es finanziert bekommt. Vor dem Hintergrund der sehr angespannten Lage der kommunalen Haushalte ist dies immens schwierig.

Man kann nicht sagen, dass die Landesregierung keine Mobilitätspolitik betreibt. Sie betreibt Mobilitätspolitik, indem sie die Lücke bei den Regionalisierungsmitteln nicht ausgleicht. Sie betreibt Mobilitätspolitik, indem sie deutlich höhere Preise für den ÖPNV in Kauf nimmt. Sie betreibt Mobilitätspolitik indem sie das Wenige, was sie in den Verkehrshaushalt mehr einstellt, alleine für die Landesstraßen zur Verfügung stellt. Damit betreibt sie Mobilitätspolitik, die einem Großteil der Menschen in NRW nicht hilft.

Der praktische Einsatz für die Mobilität auch der Menschen, die hier auf Unterstützung angewiesen sind, ist die Nagelprobe für Ministerpräsident Rüttgers, der sich so gerne als das soziale Gewissen der CDU darstellen lässt.

Die Kommunen tun das ihnen mögliche, um den Menschen zu helfen. Die Landesregierung tut nichts. Sie lässt die Kommunen alleine und sie lässt die Menschen alleine. Ministerpräsident Rüttgers beweist einmal mehr, dass er eben nur ein Sozialschauspieler ist.

Anrede

Wir haben bewusst mit unserem Antrag einen Vorschlag unterbreitet, der sehr pragmatisch ist und sich anlehnt an die Förderung, die das Land anderen Zielgruppen zukommen lässt: den Schülerinnen und Schülern und den Studierenden. Hier beteiligt sich das Land pro Monat und Person mit ca. 4 € an den Ticketkosten.

Und das ist auch gut so.

Es ist aber nicht nachzuvollziehen, warum das Land bei der Gruppe der Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, meint, dass es allein Aufgabe der Kommunen sei, diesen ein Mindestmaß an Mobilität zu ermöglichen. Das sieht nicht nur die SPD so, das sehen auch die Gewerkschaften so und das sehen auch die Kommunen so, die sich Unterstützung beim Sozialticket wünschen.

Wir als SPD wissen, Sozialschauspieler Rüttgers ist nur dann sozial, wenn es ihn selbst nichts kostet. Wir als SPD sind gespannt, wie sich die schwarz-gelbe Koalition verhalten wird - und vor allem: ob sie sich - wie so oft - rausreden wird.

Wird sie sich darüber beschweren, dass die Hartz IV-Regelsätze zu niedrig sind? Wird sie anmerken, dass die Kommune ja besser mit den Verkehrsbetrieben verhandeln könnten, damit die Tickets billiger werden? Wird sie sagen, dass das Thema Sozialticket nicht auf die Landesebene gehört, sondern ein kommunales ist?

Wahrscheinlich wird sie alle Argumente bringen. Doch ich bin sicher: irgendwann bekommen die Menschen mit, dass Sozialschauspieler Rüttgers immer nur sozial redet, aber nie sozial handelt. Irgendwann wird es bei zahlreichen Themen zu einer Nagelprobe für unseren Ministerpräsidenten kommen. Irgendwann wird es ihm nicht mehr gelingen, mit dem Finger nur auf andere zu zeigen. Irgendwann werden die Menschen im Lande genug davon haben, dass ihr Landesvater kaum etwas anderes tut, als programmatische Änderungen im CDU-Parteiprogramm einzufordern. Irgendwann werden sie merken, dass er eigentlich überhaupt immer nur redet, aber nie handelt - und wenn, dann nicht in ihrem Sinne.